

Gesundheitspolitik in Deutschland

Arbeitsplätze in öffentlichen Apotheken bleiben gefährdet

Im Koalitionsvertrag hatten die Regierungsparteien Union und SPD zwei aus ADEXA-Sicht zentrale Themen festgeschrieben: ein Versandverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel und einen Passus, um Fachausbildungen in Gesundheitsberufen, etwa für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen (PTA), kostenfrei anzubieten. Insbesondere die Umsetzung des Rx-Versandverbots wird aber vom zuständigen Minister derzeit nicht angepackt.

Am 15. März 2018 hat Jens Spahn (CDU) den Chefsessel im Bundesgesundheitsministerium übernommen. Für politisch interessierte Apothekenangestellte ist er kein Unbekannter: Spahn zog bereits 2002 erstmals in den deutschen Bundestag ein und arbeitete dort im Gesundheitsausschuss mit. Von 2009 bis 2015 war der Christdemokrat gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion, danach Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

Kritiker verweisen auf Spahns frühere Tätigkeit als Lobbyist im Medizin- und Pharmabereich. Er sei immer noch gut vernetzt mit der pharmazeutischen Industrie und mit Versandapotheken wie Doc Morris.

Apotheken im Fokus des Ministers

Im Koalitionsvertrag befürworteten CDU/CSU und SPD ein Rx-Versandverbot. Das liegt am Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 19. Oktober 2016. Die EuGH-Richter befanden, die deutsche Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV) gelte nicht für ausländische Versandapotheken. Daher können Versender aus anderen EU-Staaten, insbesondere den Niederlanden, Rabatte auf verschreibungspflichtige Präparate geben, was heimischen Apothekern bis heute untersagt ist. Aus Sicht von ADEXA werden dadurch einerseits qualifizierte Arbeitsplätze gefährdet. Andererseits ist zu befürchten, dass die flächendeckende Versorgung durch öffentliche Apotheken Schaden nimmt.

Nur verschoben – oder aufgehoben?

Medien gegenüber versprach Minister Spahn, bis zum Deutschen Apothekertag im Oktober 2018 Lösungen zu präsentieren. Ob er das eigentlich geplante Rx-Versandverbot voranbringen wird, ist ungewiss.

Andere Kollegen aus der Großen Koalition denken laut über eine grundlegende Reform der Honorierung nach – weg von packungsbezogenen Größen, hin zur Vergütung von Dienstleistungen.

Außerdem sorgt ein Gutachten des GKV-Spitzenverbands für weiteren Gesprächsstoff. Darin sieht der Verband der Gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland bei Apotheken Einsparpotenziale von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr. Gleichzeitig werden Liberalisierungen im Markt gefordert: eine Aussage, die sich klar gegen das Fremd- und das eingeschränkte Mehrbesitzverbot in Deutschland richtet.

Jetzt warten Apothekenangestellte mit Spannung, aber auch mit Sorge, welchen Weg der Gesundheitsminister einschlagen wird.